

Moderner Sklavenhandel

Verschleppt, enteignet, ausgebeutet: das Geschäft mit der „Ware Mensch“

Conny Czymoch | **Menschenhandel ist ein Milliardengeschäft und ein ebenso großes Sicherheitsproblem wie das Geschäft mit Kokain und Opium. Zahlreiche Staaten, die Vereinten Nationen und große Konzerne haben zwar wesentliche Rechtsgrundlagen und verpflichtende Standards erarbeitet. Deren Verwirklichung indes bleibt äußerst schwierig.**

Vor mehr als 200 Jahren wurde die Sklaverei abgeschafft und gerne berufen wir uns seither auf die Leistungen der Abolitionisten. Doch im Jahr 2010 generieren Sklaverei, Menschenhandel und die Ausbeutung der Arbeitskraft von genötigten Menschen Profite von geschätzten 34 Milliarden Dollar jährlich. Damit liegt moderne Sklaverei auf Platz zwei der lukrativsten Verbrechen nach dem Drogenhandel.

Globalisierung macht es möglich, sie bringt moderne Arbeitsprozesse mit langen Lieferketten und den Bedarf an billigen Arbeitskräften in allen Ökonomien mit sich. 200 Millionen Menschen leben und arbeiten laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) außerhalb ihres Geburtslands; viele legal, einige illegal, andere als Opfer von Menschenhandel. Es gibt kaum eine nachhaltiger ausnutzbare Ressource als die menschliche Arbeitskraft, die sexuelle Verfügbarkeit von Frauen und Kindern, den menschlichen Körper als Warenlager für Organe. Und es gibt kein Land dieser Erde, das nicht Herkunfts-, Transit- oder Zielland für Opfer von Menschenhandel ist.

Denn parallel zur legal gewachsenen wirtschaftlichen Vernetzung entwickelte sich die illegale, deren Strukturen und Ströme sich in groben Zügen erkennen lassen. Mit dem Kapital, das japanische Organisationen im Menschenhandel „erwirtschaften“, finanzieren sie den Bau von Hotels in Thailand, in denen Prostituierte zum Zimmerservice gehören; chinesische Organisationen schleusen Frauen in die Vereinigten Staaten und verschleppen Strafgefangene in Arbeitslager nach Afrika. Manche Strukturen ähneln denen im Drogenhandel. Daneben aber gibt es die vielen „Kleinunternehmer“ und Privatleute, die mit der Arbeitskraft anderer Geld machen, nämlich fast überall auf der Welt in privaten Haushalten, in der Landwirtschaft, im Baugewerbe. „Sklaverei ist in neuen Formen wiedererstartet und sie umfasst den Verkauf von Kindern, Lohn-

knechtschaft, und eben Menschenhandel. Wir müssen ein Klima schaffen, in dem diese unfassbare Grausamkeit und der Missbrauch nicht mehr denkbar sind“, forderte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Frühjahr dieses Jahres.¹

Beginnen wir bei den Defiziten im Kampf gegen die moderne Sklaverei: Es gibt keine verlässlichen Zahlen über das Ausmaß des modernen Menschenhandels. Ein Bericht der ILO von 2005 geht von 12,3 Millionen Menschen in Zwangsarbeit oder erzwungener Prostitution aus, ebenso wie der TIP-Bericht (Trafficking in Persons) vom Juni 2010, der jüngste der jährlich vom US-Außenministerium erstellten Berichte zum Thema Menschenhandel.² Viele Nichtregierungsorganisationen jedoch, von Amnesty International über „Anti-Slavery International“ oder „Not For Sale“, schätzen den Umfang auf 27 Millionen Menschen. Auch die Begrifflichkeit ist nicht geklärt. Ist das Übel als „moderne Sklaverei“ oder „Menschenhandel“ zu bezeichnen oder bedarf es eines neuen Begriffs für die Phänomene Zwangsarbeit, Zwangsprostitution, Schuldknechtschaft, Leibeigenschaft, erzwungene Kinderarbeit, Kindersoldaten und Kindersexsklaven?

Bilanz in Luxor

Vor zehn Jahren schien eine Art Startschuss für viele Initiativen zu fallen. Die USA begannen mit einem Gesetz zum Schutz der Opfer von Menschenhandel. Am 15. November 2000 beschloss die UN-Generalversammlung die so genannte Palermo-Konvention gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, die zwei wichtige politische Meilensteine für die Bekämpfung von Menschenhandel enthält: das Protokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg und das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels. Die OSZE führte 2003 einen Anti-Trafficking-Mechanismus ein, um die Öffentlichkeit besser zu informieren und Regierungen bei ihren Aktivitäten gegen Menschenhandel zu unterstützen. 2005 folgten die Europäer mit der Konvention des Europarats gegen den Menschenhandel, die seit 2008 in Kraft ist und die 30 Mitgliedsländer unterzeichnet haben. Seit 2007 gibt es mit der „Global Initiative to Fight Human Trafficking“ (GIFT) auch eine spezielle UN-Behörde mit Sitz in Wien. Am 30. Juli dieses Jahres setzte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon noch ein wichtiges Element in das während der vergangenen zehn Jahre entstandene rechtliche Rahmenwerk ein. Der Aktionsplan der Vereinten Nationen gegen Menschenhandel sieht im Prinzip vor, besser und koordinierter das zu tun, wozu sich Regierungen schon vorher verpflichtet haben: Menschenhandel zu verhindern, Opfer zu schützen und zu unterstützen, die Fälle juristisch zu verfolgen und Partnerschaften zwischen Regierungen, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und den Medien zu schaffen. Im Dezember dieses Jahres schließlich wollen sich

Es gibt noch immer keine verlässlichen Zahlen über das gesamte Ausmaß des modernen Menschenhandels

¹ <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=33881&Cr=slave&Cr1>

² <http://www.state.gov/g/tip/rls/tiprpt/2010/>

viele etablierte Aktivisten gegen den Menschenhandel – vom UN-Generalsekretär über den Leiter der Behörde zur Bekämpfung von Menschenhandel im US-Außenministerium bis zu den Konzernchefs – im ägyptischen Luxor zusammenfinden, um Bilanz zu ziehen.

Sicher, bei der Entwicklung des Handwerkszeugs zur Verhinderung von Menschenhandel hat man Fortschritte gemacht. Aber noch sind diese Grundlagen zu wenig bekannt und noch befindet sich die Entwicklung intelligenter Gesetzgebungen in den Anfängen. Polizei und Staatsanwaltschaften sind nach wie vor unterinformiert und mit zu wenig Personal ausgestattet (oder vom kriminellen System bezahlt). Um effektive Strategien gegen Menschenhandel aufzubauen und zu implementieren, sind international fünf „P“'s wichtig geworden: Prevention, Protection, Prosecution, Punishment and Partnerships. Aber essenziell bleibt ein anderer Faktor, nämlich verlässliche Information, die in einer Schattenwelt komplexer Geflechte nicht leicht zu bekommen ist.

Viele „moderne Abolitionisten“ sind deshalb dazu übergegangen, Einzelschicksale zu dokumentieren: Geschichten wie die des kambodschanischen Mädchens, das von den Eltern wegen einer Geldschuld an einen Bordellbesitzer auf dem Land verkauft wird und für die horrenden Summe von 5000 Dollar

Mädchenhändler
veranstalteten an Londoner
Flughäfen Auktionen für eben
eingeflogene Sexsklavinnen

entjungfert wird, weil reiche asiatische Männer für eine erste Nacht beliebige Summen und vor allem im Voraus zahlen. Danach wird das Mädchen nur noch ein paar Dollar pro Freier erbringen. Am ghanaischen Voltasee müssen Jungen, oft nicht älter als sechs Jahre, als Tauchsklaven für Fischer unter Lebensgefahr verhedderte Netze

entwirren. Chinesische Arbeitskräfte, zunächst mit legalen Arbeitspapieren ausgestattet, werden von Schleppern zur Unterzeichnung von Unterverträgen gezwungen, in denen sie auf all ihre Rechte verzichten. Ohne Papiere und in irgendeinem schmutzigen Winkel hinter der Küche eines Restaurants untergebracht, haben sie für die Gäste leckere Gerichte zu zaubern. Einen besonders zynischen Fall schilderte eine Dokumentation der BBC aus dem Jahr 2006: Mädchenhändler hatten an Londoner Flughäfen regelrechte Auktionen für frisch eingeflogene Sexsklavinnen veranstaltet.

Inzwischen gibt es einige Privatinitiativen und Nichtregierungsorganisationen, die sich um kambodschanische Prostituierte oder ghanaische Tauchsklaven, um die Fronarbeiter aus Sri Lanka und Indien auf den Baustellen der boomenden Golf-Region oder um Philippinas kümmern, die sich für einen Hungerlohn rund um die Uhr um Haushalt und Kinder reicher Familien im Nahen und Mittleren Osten, in Hongkong oder Paris kümmern. 67 000 Kinder haben allein der Inder Kailash Satyarthi und die Mitstreiter seiner Organisation „Global March Against Child Labour“ aus unwürdigen Arbeitsbedingungen und Sklaverei in Steinbrüchen oder Teppichwebereien befreit, um ihnen eine Ausbildung zukommen zu lassen. Die Hilfsorganisation „La Strada“ mit Vertretungen in sieben zentral- und osteuropäischen Ländern berät junge Frauen, bevor sie sich entscheiden, ins Ausland zu gehen, und betreut jene,

Bild nur in Printausgabe verfügbar

© Shobha / Contraste / Laif

denen es gelungen ist, der Sexsklaverei zu entkommen. Einzelne, oft private Initiativen gibt es also viele – die Frage ist, ob die Strukturen ausreichen, um dem globalen Phänomen des Menschenhandels entgegenzuarbeiten. Hilfreich wären dabei wissenschaftliche Analysen, auf die Politiker und Nichtregierungsorganisationen gleichermaßen zurückgreifen könnten. Hier gibt es dringenden Nachholbedarf. Denn während der weltweite Drogenhandel als Bedrohung der nationalen und internationalen Sicherheit gesehen wird, stellt die Expertin Louise Shelley von der amerikanischen George Mason University in einer jüngst erschienenen Studie fest, vergesse man oft, dass dies auch für den Menschenhandel gelte.³

Hoffnung, die blind macht – die moldawische Regierung warnt junge Frauen vor den Machenschaften von Menschenhändlern

Das schwarze Ende der Lieferkette

Beobachter und internationale Organisationen wie die ILO konstatieren, dass inzwischen weltweit mehr Menschen von Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft bedroht sind als von sexueller Ausbeutung. Der Fokus verschiebt sich – und hier ist der aufgeklärte Verbraucher gefragt, der zwar konsumieren will, aber auch Ansprüche an die Nachhaltigkeit und ethisch saubere Herstellung der Produkte stellt. Alle weltweit operierenden Konzerne haben sich einer Corporate Social Responsibility verpflichtet – und dazu gehört, keine Sklavenarbeit oder ausbeuterischen Produktionsmethoden in den Lieferketten zuzulassen. Gleichzeitig entdecken die Gewerkschaften in vielen Ländern, dass ihre Solidarität und Aufmerksamkeit auch den „Sklavenarbeitern“ gelten müssen.

³ Louise Shelley: Rise of the Illicit Global Economy. Globalized Corruption and Human Trafficking, Kapitel 2.

„Naming and shaming“ lautet die Strategie der Presse und der Zivilgesellschaft, um Missstände aufzuzeigen und große Konzerne zu „sauberer“ Produktion zu bewegen. Die Firma Nike geriet vor einigen Jahren in die Schlagzeilen, als bekannt wurde, dass Fußbälle an einigen Produktionsstandorten in Kinderarbeit hergestellt wurden. Bei GAP ließen Billigshersteller in der Lieferkette T-Shirts von Kindern nähen, die unter sklavenähnlichen Bedingungen lebten. Der Reputationsverlust ist riesig. Solche Negativmeldungen sind extrem geschäftsschädigend für die großen Markenfirmen. Inzwischen gibt es auch hier neue Ansätze: statt Boykott ein „buy-cott“. Auf den Webseiten einiger europäischer und amerikanischer Organisationen kann der Konsument einsehen, welches Unternehmen „sauber“ arbeitet.

Das Problem für die meisten Unternehmen ist die Lieferkette. Denn von den Zentralen in Hamburg oder Herzogenaurach aus ist eine Überprüfung nicht machbar. Auf die oftmals überlasteten, schlecht informierten (oder korrupten) staatlichen Arbeitsinspektoren in den Ländern der Produktionsstandorte oder ausgelagerten Hersteller ist nicht immer Verlass.

Interne und freiwillige Firmenregeln können eine Vorbildfunktion bekommen

Also entstehen neue Partnerschaften zwischen Herstellern und NGOs. Manche europäischen Initiativen organisieren unangekündigte Überprüfungen, so genannte Audits; die Business Social Compliance Initiative (BSCI)

beispielsweise arbeitet branchenübergreifend mit 80 Einzelhandelsunternehmen und importorientierten Produzenten aus zehn Ländern zusammen. BSCI setzt sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein und unterstützt die Zulieferer bei der Anpassung an die internationalen Arbeitsrichtlinien und nationalen Gesetze. Damit Mitarbeiter großer Unternehmen überhaupt den „richtigen“ Blick auf ihre Lieferkette und mögliche Probleme mit Menschenhandel entwickeln können, führen manche NGOs in Vorbild-Konzernen Trainings durch. Für den Londoner Think-Tank „International Human Rights and Business“ steht fest: Audits, die den Blick auf Menschenrechtsaspekte und Ausbeutung in der Lieferkette richten, gehören gesetzlich verpflichtend in jedes interne Prüfverfahren eines Großunternehmens.

Diese internen und freiwilligen Firmenregeln können eine Vorbildfunktion bekommen. In der internationalen Geschäftswelt gehört Manpower Inc. zu den Vorreitern im Kampf gegen Menschenhandel. Manpower bietet Personalvermittlung, Arbeitnehmerüberlassung und Human-Resource-Lösungen weltweit; als Partner von mehr als 400 000 Unternehmen beschäftigt die Firma 4,4 Millionen Menschen. Die Arbeitsvermittlungsbranche aber hat ein Problem: das „schwarze Ende“, illegal und kriminell arbeitende Firmen in vielen Ländern, die systematisch mit falschen Versprechungen, Schmuggel und Ausbeutung von Hunderttausenden, ja Millionen Menschen Geld verdienen.

Manpower hat sich dazu verpflichtet, klare Regeln – nicht nur für die Branche selbst, sondern für viele andere – aufzustellen und zu verbreiten. Ende 2006 wurde in Athen ein bemerkenswerter Code of Conduct vorgestellt. Den „Athens Ethical Principles“ haben sich inzwischen mehrere hundert Einzelunternehmen und viele Industrieverbände schriftlich verpflichtet. Dennoch

muss der Bekanntheitsgrad dieser Selbstverpflichtungen gesteigert werden, um größere Effektivität zu erreichen. Berichte wie die der ILO zu den „Kosten der Zwangsarbeit“ aus den Jahren 2005 und 2009 sind wesentliche Voraussetzungen für einen Wandel in der Einstellung von Konsumenten, internationalen Konzernen und Regierungen.

Trotz Selbstverpflichtungen und vielen Geldern, die in Maßnahmen gegen Sklaverei-ähnliche Arbeitsstrukturen fließen, bleiben die Fortschritte in vielen Branchen mühsam. Drei Viertel der Kakao-Produktion beispielsweise finden in nur zehn Ländern statt. In Ghana und der Elfenbeinküste, dem größten Produktionsland, wird Kakao weiterhin unter Bedingungen angebaut, geerntet und weiterverarbeitet, die die ILO als „schlimmste Form von Kinderarbeit“ bezeichnet. Unter dem Druck von Staat und Verbrauchern einigten sich die großen Schokoladenhersteller dieser Welt – darunter Mars und Nestlé – vor etwa zehn Jahren auf einen Code of Conduct, mit dem sie sich verpflichteten, möglichst Kakao einzukaufen, der mittels Zertifikat nachweist, dass er ohne Sklaven- und Kinderarbeit produziert wurde. Unabhängige Berichtersteller des US-Kongresses aber stellten in ihrem vierten Bericht zur Lage in Ghana fest, dass Kinder und Jugendliche weiterhin unter menschenunwürdigen und höchst gesundheitsschädlichen Bedingungen arbeiten müssen. Die Fläche, auf der Kakao nach den Normen der ILO und Fair-Trade-Prinzipien angebaut wird, wächst wohl – aber nur langsam. Der Genuss von Schokolade wird noch lange bitter bleiben.

Menschenhandel mit all seinen Facetten könnte zu einem prägenden Merkmal des 21. Jahrhunderts werden

Menschenhandel in all seinen Facetten könnte zu einem prägenden Merkmal des 21. Jahrhunderts werden. Durch die Klimaveränderung werden der ökonomische Druck und damit der Zwang zur legalen wie illegalen Migration noch wachsen. Und damit auch das Geschäft mit der illegalen Vermittlung.

Die Kosten sind enorm, denn die Profite aus diesem Geschäft – laut Interpol 34 Milliarden Dollar jährlich – werden nicht als reguläre Steuergelder in staatliche Systeme gelangen. Zwangsarbeiter mit Hungerlohn können kaum Gelder zu ihren Familien in die Herkunftsländer schicken, in Schuldabhängigkeit gepresste Menschen werden kaum die Schulausbildung ihrer Kinder finanzieren können. Psychisch zerstörte Menschen können nicht zur Entwicklung ihrer Gesellschaften beitragen. Arbeit, die nichts kostet und also nicht als Faktor in den Preis der Ware einfließt, stört auch das Lohnniveau in den Industrien, die reale Löhne und Gehälter zahlen.

Nicht zuletzt aber ist Menschenhandel eine Frage der Ethik – eine Frage, die noch im 20. Jahrhundert in Artikel 4 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte klar beantwortet wurde: „Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten.“ Das gilt auch für das 21. Jahrhundert.



CONNIE CZYMOCH ist Journalistin und beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit dem Thema „Human Trafficking“.